Abendblatt
5. II. 1919
17

Neue Freie Presse.

Abendblatt.

Wien, Mittwoch, den 5. Februar 1919.

Mit illgl. einmal. Postversendung: Vierteljährig K. 24.—, halbj. K. 48.—, ganzj. K. 96.—. Mit illgl. zweimal. Postversend.: Vierteljährig K. 30.—, halbj. K. 60.—, ganzj. K. 120.—.

Abonnement für das Ausland:

Vierteljährig:

Bei uns (Kreuzband-Versendung): Deutschland, Bulgarien und für Staaten des Weltpostvereines K. 36.

Bei den Postämtern in Deutschland M. 11.15, Schweiz Fr. 13.65, Belgien Fr. 13.95, Italien L. 14.47, Rumänien Fr. 13.90, Serbien Fr. 13.80, Bulgarien Fr. 13.65, Russland R. 5.30, Griechenland (b. d. Buchhandl. Eleftheroudakis & Barta, Athen od. K. k. Zeitungs-Exp. in Triest) K. 15.02, Europ. Türkei (Oest. Postämter) K. 13.40, Asiat. Türkei K. 17.45, Aegypten K. 16.54, Dänemark Kr. 11.55, Schweden Kr. 11.55, Norwegen Kr. 10.35, Finnland M. 15.10, Holland fl. 8.—. Bei den Agenturen in Italien: Loescher & Co., Rom Fr. 25.80, Frankreich: Hachette & Cie., 111, Rue Réaumur, Fr. 26.00; England: Saarbach, London, 21, Bride Lane, Fleet Street, E. C. Siegle & Co., London E. C. 122, Leadenhall Street Pld. St. 1 sh. 1; Nordamerika: E. Steiger, 25 Park Place, G. E. Stechert 151—155 West 25 th Str., L. A. Rossers, 87, Second Avenue in Newyork, Doll. 5.40. Vertreter für das ges. Ausland: Saarbachs Neue Exch., Ges. m. b. H., Wien.

Für die an Agenten, Austräger oder Verschleißer bezahlten Beträge leisten wir keine Garantie.

überaus wichtigen Angelegenheiten durchzuarbeiten, zur vollen Klarheit zu bringen und in Staatsverträgen zu ordnen. Die Vereinigung muß einen starken wirtschaftlichen Unterbau haben. Das ist unentbehrlich.

Ernste Vorgänge in Linz.

Fortdauer der Plünderungen und Machtlosigkeit der Behörden.

Wien, 5. Februar.

Die Nachrichten aus Linz sind heute noch ernster als gestern. Die Unruhen dauern fort und der zureichende Schutz fehlt. Die Gendarmerie hatte nicht die Kraft, sich gegen den Sturm zu behaupten. In der Nationalversammlung sind heute Nachrichten eingetroffen, welche den Gegenstand der allgemeinen Besprechung gebildet haben. Nach den dort eingetroffenen Meldungen sei Linz in den Händen eines Arbeiter- und Soldatenrates, der die Stadt beherrsche. Die Abgeordneten aus Oberösterreich haben mitgeteilt, daß bis zur Mittagsstunde die Ruhe noch nicht hergestellt war und die staatlichen Behörden infolge der Schutzlosigkeit sich nicht durchsetzen konnten.

Das erste Budget Deutschösterreichs.

Staatsvoranschlag für das erste Halbjahr 1919.

Ausgaben	**2477·2**	**Millionen Kronen.**
Einnahmen	**1229·7**	**" "**
Halbjähriger Abgang	**1247·5**	**" "**

Wien, 5. Februar.

Der Staatsvoranschlag für das erste Halbjahr, der heute vom Staatssekretär Dr. Steinwender eingebracht wurde, entwirft ein düsteres Bild der staatsfinanziellen Lage Deutschösterreichs. Für ein halbes Jahr wird das Defizit mit 1247·5 Millionen Kronen veranschlagt, und für die erste Zeit muß der Kredit, der im Kriege schon so außerordentlich stark angespannt worden war, zur Sicherung des Staatshaushaltes neuerlich in Anspruch genommen werden. Allerdings ist nur ein Teil dieses großen Defizits auf die normale Gebarung zu setzen, der überwiegende Teil entstammt dem Zustand des Uebergangs, in den wir einerseits von der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, anderseits von dem Gesamtstaate des alten Oesterreich auf die beschränkteren Verhältnisse Deutschösterreichs gesetzt worden sind. Zahlreiche Ausgaben aus der früheren Kriegsperiode sind noch zu bestreiten, und wenngleich Deutschösterreich die Rechtsnachfolge nach dem alten Oesterreich ausdrücklich abgelehnt hat, so mußte doch der größte Teil des früheren Zentralverwaltungsapparats, dessen Sitz in Wien gelegen war, sowie der früheren österreichischen Staatsbediensteten, die überwiegend der deutschen Nationalität angehörten, übernommen werden. Der Abbau der Verwaltungsbehörden, der später eine Notwendigkeit werden wird, konnte erst zum geringeren Teile durchgeführt werden, vielmehr ergaben sich in der ersten Zeit infolge der noch aufrecht erhaltenen Liquidationsverwaltung bedeutend größere Anforderungen an den Beamtenapparat wie im früheren Einheitsstaat. Große Aufwendungen entsprangen weiter der Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit, der Linderung der Arbeitslosigkeit und den Ernährungsschwierigkeiten und anderen außerordentlichen Erfordernissen. Auf die künftige Verminderung konnte, da es ungewiß ist, wann diese Lasten eine Abbürdung erfahren werden, im Staatsvoranschlag keine Rücksicht genommen werden. Für die Folgezeit ist mit einer Entlastung dieser Ausgaben zu rechnen und anderseits mit neuen Einnahmen aus Steuern und Gebühren, die teils schon zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgeschlagen, teils vorbereitet werden. Aus dem Zusammenwirken dieser Faktoren und aus einer späteren günstigeren wirtschaftlichen Entwicklung wird für die kommenden Jahre ein Schwinden des Defizits und eine Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte erwartet.

Für das erste Semester wird ein Abgang von 1247·5 Millionen Kronen veranschlagt. In den Ausgaben sind noch verschiedene Erfordernisse aus der Kriegszeit und Kosten der Liquidation mit 663·5 Millionen Kronen inbegriffen, wodurch sich der Abgang der normalen Gebarung auf 584 Millionen Kronen für ein Halbjahr ermäßigt. Die Steuern, welche jetzt bewilligt werden sollen, werden mit einem Jahreseingang von 500 Millionen Kronen veranschlagt, so daß auf ein Halbjahr 250 Millionen Kronen entfallen würden. Das Defizit wäre damit für das Semester auf 334 Millionen Kronen und für ein ganzes Jahr auf 670 Millionen Kronen reduziert. Würde man Deutschösterreich allein berücksichtigen und die Ausgaben und Einnahmen der Liquidation, insbesondere die Anteile an der alten Staatsschuld nicht einbeziehen, so würde sich dieser Abgang auf 367 Millionen Kronen reduzieren. Diese letztere Ziffer hat aber keine Bedeutung, weil eben auf den von unserem Staate zu übernehmenden Anteil der Schuld des alten Oesterreich keine Rücksicht genommen ist.

Eine Vergleichung der Einnahmen und Ausgaben mit dem letzten Budget ist deswegen untunlich, weil die Grundlage eine ganz andere geworden ist. Das Budget ist für Deutschösterreich zuzüglich Deutschböhmens und der Sudetenländer aufgestellt. Die nördlichen Gebiete sind von der czecho-slowakischen Republik, ein Teil der südlichen Randgebiete vom jugoslawischen Nationalstaate und